

ESSAY

Bürokratie bekämpfen

Eine Reise der grünen Abgeordneten Swantje Sperling durchs Land bringt spannende Einsichten

heißt Spielräume schaffen

Da gibt es eine Kommune, die einen Volkshochschulkurs „Waldbaden“ anbieten will. Also: Bäume im Wald umarmen. Doch so einfach ist das nicht: Genehmigungen und Versicherungen sind einzuholen, zig Behörden bis zum Forstamt sind beteiligt – der Schriftverkehr dazu füllt inzwischen einen ganzen Leitzordner.

Verrückt, meinen Sie? Wie wäre es mit einem öffentlichen Trinkwasserspender, den eine Kommune in der Sommerhitze aufgestellt hat, angeschlossen an die stadteigene Trinkwasserversorgung. Obwohl also nur von der kommunalen Kläranlage gereinigtes Wasser aus dem Hahn kommt, verlangen die Behörden, dass die Stadt jede Woche eine Wasserprobe nimmt und sie in ein Labor in Tübingen schickt. Damit amtlich bestätigt das Trinkwasser trinkbar ist.

Solcherlei Verrücktheiten kennt jeder Bürgermeister landauf und landab, jeder Häuslebauer, jeder Mittelständler, jeder Handwerker. Über die Jahre ist aus gut gemeinten Vorschriften und Gesetzen ein Dickicht von sich überlagernden Regularien geworden, das jede Innovation zu ersticken droht.

Die Beispiele hat die Waiblinger Grünen-Abgeordnete Swantje Sperling zusammengetragen. Sie will Bürokratieabbau konkret machen. Nach dem Brandbrief der kommunalen und Wirtschaftsverbände im Herbst 2022 hat sie sich von Städtetag und Gemeindetag je 15 Kommunen nennen lassen, und hat im Sommer die Rathäuser besucht.

Sie will das nun mit Elmar Braun, dem einstmals ersten grünen Bürgermeister im Lande aus Maselheim, evaluieren und sich persönlich darum kümmern, dass diese Vorschriften abgeschafft werden. Bürokratieabbau im Kleinen, während die Koalition und die Verbände am großen Rad drehen und das Dickicht ausmisten wollen. Nebenbei: Genau diese Aufgabe hat eigentlich der Normenkontrollrat, den die Landesregierung aufgelöst hat – man sollte ihn in neuer Aufstellung wieder einsetzen.

Nun ist Bürokratie per se nicht schlecht. Der Ministerpräsident hat kürzlich in der Landespressekonferenz erklärt, Bürokratie sei schlicht der Rechtsstaat, funktionierende Gesetze als Basis eines Zusammenlebens und des Wirtschaftslebens. Rechtsverbindlichkeit unterscheidet unser Land von vielen anderen, wo Willkür herrscht.

Und Bürokratieabbau ist auch keine Generalkritik an der öffentlichen Verwaltung, das darf niemals vergessen werden. Die Beamten und Angestellten in den Ämtern und Behörden leisten gute Arbeit und wollen das Beste für ihren Fachbereich – und genau das ist richtig so.

Doch selbst die Verwaltung leidet unter Bürokratie, zu vielen kleinteiligen Vorschriften. Ämter regulieren sich gegenseitig – und so schwinden die Handlungsspielräume. Denn wo jeder Beamte jede Entscheidung bis ins letzte Detail rechtssicher machen muss, gibt es keine Ermessensentscheidungen mehr. Weil im Zweifel jede Entscheidung rechtlich hinterfragt wird und rechtssicher sein muss.

Insofern trägt jeder eine Mitverantwortung, dass fast jeder Lebensbereich zu Tode reguliert wird. Doch es bringt nichts, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben. Auf politischer Ebene haben sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein rühriger Staatsminister Florian Stegmann des Themas angenommen und versuchen, eine neue Verwaltungskultur zu etablieren.

Interessanterweise kommt eine andere Initiative aus Berlin: Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) schlägt vor, keine weiteren Standardverschärfungen bei Neubauten zu beschließen, weil der Wohnungsbau ohnehin schon zum Erliegen gekommen ist. Doch genau darin liegt die Crux: Bauen ist unerschwinglich geworden.

Nicht nur wegen gestiegener Zinsen und der hohen Materialpreise, sondern auch, weil die Baustandards immer weiter hochgeschraubt wurden. Durchaus aus guten Absichten – Klimaschutz, Isolierung, Sicherheit, Brandschutz. Das hat schon vor der aktuellen Krise behindert.

Daher haben die Verbände recht, wenn über Standards gesprochen werden muss. Nicht unbedingt bei der Personalausstattung in Kitas oder beim Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Das sind politisch wichtige Signale an Familien. Aber muss der Kindergartenanbau unbedingt eine eigene Toilette haben? Oder muss der Datenschutz in Kitas so weit gehen, das für ein Foto zig Genehmigungen eingeholt werden müssen? Insofern hat Swantje Sperling dem Land einen wichtigen Dienst erwiesen.

Rafael Binkowski, Chefredakteur